



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Präsident Barroso "zur Lage der Union"

Der Präsident der Kommission Barroso hat in seiner Rede «zur Lage der Union» erneut seine EU2020-Strategie in den Mittelpunkt gestellt und eine Reihe von politischen Initiativen angekündigt. Die EU müsse sich insbesondere auf den Umweltschutz und das damit verbundene Wirtschaftswachstum ausrichten, sagte Barroso. Der zukünftige Haushalt der EU soll diese Prioritäten berücksichtigen. Der Kommissionspräsident stellte die starke Rolle der EU während der Wirtschafts- und Finanzkrise hervor. Am 29. September wird die Kommission Vorschläge unterbreiten, um die nationalen Haushalte besser unter Kontrolle zu bringen und Defizite zu vermeiden. "Es geht darum die Währungsunion mit einer echten Wirtschaftsunion zu verbinden.", so der Präsident. Im Rahmen der "Europa 2020" Strategie, die mehr Beschäftigungswachstum schaffen soll, sollen freie

Stellen europaweit ausgeschrieben werden. Die Armut in der Welt will Barroso mit einer Milliarde Euro sichtbar bekämpfen. Auch die Europäische Union kann sich den Sparzwängen in den Mitgliedsstaaten nicht entziehen. Wir Parlamentarier werden daher in den kommenden Haushaltsverhandlungen auf echte Einsparungen hinwirken. Für unseren vollen Einsatz in der Sache bedarf es allerdings sicher nicht: einer Anwesenheitspflicht - wir sind immer am Ball.

Roma-Abschiebungen in Frankreich

Der Umgang mit Minderheiten aus Bulgarien und Rumänien ist ein schwieriges Thema. Die Mitgliedstaaten sind sich nicht einig und im Parlament prallen linke und konservative Standpunkte aufeinander. Der Entschließungsantrag der EVP-Parlamentarier forderte eine bessere Integration der Roma. So wiesen die EVP-Abgeordneten darauf hin, dass dies ein gesamteuropäisches Problem darstellt und es daher auch einer gesamteuropäischen

Strategie bedarf. Es sollte daher ein Aktionsplan entwickelt werden, der auf lange Sicht eine Lösung darstellten sollte. Dieser Antrag hatte jedoch keine Mehrheit gefunden. Stattdessen stimmte eine Mehrheit der Abgeordneten für den gemeinsamen Antrag mehrerer Fraktionen, die das Problem jedoch nicht von Grunde auf angehen wollen, sondern vor allem die Rechte der Roma in den Vordergrund stellen.

Stärkerer Tierschutz bei Versuchen

Künftig sollen weniger Versuchstiere zu wissenschaftlichen Zwecken eingesetzt werden. Das sieht ein Gesetz vor, welches vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Es soll dadurch ein verbesserter Schutz der Tiere und die Erforschung von Mitteln gegen Krankheiten in Einklang gebracht werden. Die Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die neuen Regeln zu erfüllen. Danach muss die Anzahl der Tiere reduziert werden, die für wissenschaftliche Zwecke eingesetzt werden.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Die verantwortlichen nationalen Behörden müssen die Auswirkungen jedes wissenschaftlichen Experiments auf das Wohlergehen der Tiere beurteilen. Dadurch sollen alternative Testmethoden gefördert werden.

Alle Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass sie, wo immer dies möglich ist, eine vom EU-Recht gedeckte alternative Testmethode den Tierversuchen vorziehen. Außerdem dürfen tödliche Tierversuche nur noch genehmigt werden, wenn die Tiere mit geringst möglichen Schmerzen, Leiden und Ängsten getötet werden.

Tierversuche sind weiterhin erlaubt für die Grundlagenforschung, für die Verhütung oder Behandlung von Krankheiten bei Menschen, Tieren oder Pflanzen, für die Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln, für den Artenschutz, für die Ausbildung an Hochschulen und für forensische Untersuchungen.

Damit die Anwendung der Regeln sichergestellt werden kann, müssen regelmäßige Kontrollen und Inspektionen der für die Tierversuche verantwortli-

chen nationalen Behörden durchgeführt werden.

Es ist zu hoffen, dass diese Lösung eine sinnvolle Balance zwischen dem Schutz der Schöpfung und der menschlichen Gesundheit schafft.

Besserer Schutz vor Falschmünzern

Neben gefälschten Geldscheinen kommen nun auch verstärkt gefälschte Münzen in Umlauf. Allerdings hat sich die Zahl der gefälschten Münzen von 211.100 im Jahr 2007, auf 172.100 im Jahr 2009 reduziert. Das Parlament sieht hier dennoch Handlungsbedarf und hat sich am Dienstag für die Einführung strengerer Regeln eingesetzt. Insgesamt haben 16 Länder den Euro als Währung, der Schutz ist daher nicht einfach. Es bedarf einer engen Kooperation zwischen Mitgliedstaaten, den Polizeibehörden und des Europäischen Betrugsbekämpfungsamtes. Die Chance für einen Laien Falschgeldmünzen zu entdecken, ist im Alltag fast ausgeschlossen. Daher soll die Identifizierung von gefälschten Münzen

in Europa standardisiert werden. In Zukunft soll die Hauptlast der Verantwortung dann bei den Banken liegen. Diese sollen in die Pflicht genommen werden, wenn gefälschte Geldstücke durch sie in Umlauf gebracht werden. Dasselbe gilt für die Betreiber von Geldautomaten, die Münzen ausgeben.

Besuch aus der Heimat und neue Mitarbeiter

Den CDU Stadtverband Oberkochen durfte ich am Dienstag mit 52 Personen empfangen. Der Altersgenossenverein Jahrgang 1931/32 Aalen und die Altersgenossen Unterkochen Jahrgang 1933 besuchten mich am Mittwoch mit insgesamt 76 Personen.

Im Büro in Brüssel hat sich unser Team um 3 neue Praktikanten vergrößert. Craig Pais aus den USA, Dominique Aref aus Hamburg und Philipp Leinert aus Reichenbach arbeiten für die nächsten Monate tatkräftig mit. Die Lehrerin Ina Engelhardt aus Heilbronn war für 2 Wochen in meinem Büro tätig.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu